

Deniz Anan

Programmatische Konsistenz im Föderalismus – die Finanz-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik in den Bundes- und Landtagswahlprogrammen 2013/14 im Vergleich

1. Relevanz und Thema

Durch die Gleichzeitigkeit der Bundestagswahl mit den Landtagswahlen in Bayern und Hessen ergibt sich für die Parteiprogrammforschung die Chance, die Wahlprogramme der Parteien auf Bundes- und Landesebene ohne den verzerrenden Effekt verschiedener Entstehungszeiträume miteinander vergleichen zu können.

Traditionell wurde der föderalen Struktur in Deutschland eine geringe Bedeutung für die Parteiprogrammatik attestiert, da eine starke Verflechtung der Parteien angenommen und den Parteien die Funktion einer Klammer zwischen im Föderalismus unterstellt wird¹. Mit dem unitarischen, kooperativen deutschen Föderalismusmodell, korreliert aus dieser traditionellen Sicht eine starke bundespolitische Orientierung der Parteien², also hohe programmatische Konsistenz, ganz im Gegensatz zu konkurrenzföderalistischen Systemen (USA, Schweiz), in denen die verschiedenen Verbände einer Partei höchst unterschiedliche programmatische Positionen einnehmen. Infolge einer gewissen Regionalisierung des Parteiensystems³ und der von den Föderalismusreformen angestrebten Entflechtung wird dieses Bild aber heute differenzierter gezeichnet⁴. Das genaue Ausmaß dieses qualitativen Wandels ist aber umstritten⁵. Aktuell belegen etwa die gegensätzlichen Positionen von CDU und CSU zur Pkw-Maut, dass programmatische Inkonsistenz dem deutschen Föderalismus nicht fremd ist. Gegen eine programmatische Identität spricht

1 Gerhard Lehmbruch, *Parteienwettbewerb im Bundesstaat*, Wiesbaden 2000.

2 Edgar Grande, »Parteiensystem und Föderalismus« in: *PVS* 42, Sonderheft 31 (2001), S. 179-212.

3 Herbert Schneider, »Parteien in der Landespolitik« in: Oscar Gabriel u.a. (Hg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn 2001, S. 385-405; Klaus Stolz, »Political careers across territorial levels« in: *EJPR Research* 42, Nr. 2 (2003), S. 223-248.

4 Roland Sturm, »Party Competition and the Federal System« in: Charlie Jeffery (Hg.), *Recasting German Federalism*, London/New York 1999, S. 197-216; Wolfgang Renzsch, »Bundesstaat oder Parteienstaat« in: Everhard Holtmann / Helmut Voelzkow (Hg.), *Zwischen Wettbewerbs- und Verhandlungsdemokratie*, Wiesbaden 2000, 53-78; Arthur Benz, »Die Rolle der Parteien im Bundesrat« in: *APuZ* 53, Nr. 29-30 (2003), S. 32-38; Sven Leunig, »Länder- versus Parteiinteressen im Bundesrat« in: *APuZ* 54, Nr. 50-51 (2004), S. 33-38; Michael Eilfort, »Landes-Parteien: Anders, nicht verschieden« in: Herbert Schneider / Hans-Georg Wehling (Hg.), *Landespolitik in Deutschland*, Wiesbaden 2006, S. 207-224.

5 Klaus Detterbeck / Wolfgang Renzsch, »Symmetrien und Asymmetrien im bundesstaatlichen Parteienwettbewerb« in: Uwe Jun u.a., *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Wiesbaden 2008, S. 39-55.

auch die Erkenntnis der Parteiprogrammforschung, dass die Wahlprogramme von verschiedenen Akteuren konzipiert werden und die Bezugssysteme/Arenen unterschiedliche sind⁶.

Die vorliegende Studie schließt an quantitative Parteiprogrammanalysen an, die programmatische Unterschiede zwischen Landes- und Bundesparteien hervorgehoben eher bei Landtagswahlen in der Mitte der Legislaturperiode des Bundestags konstatiert und dies mit der disziplinierenden Funktion der Bundestagswahlen erklärt haben⁷. Diese Annahmen sollen hier überprüft werden, unter Einbezug der aus der Organisationforschung gewonnenen Erkenntnisse, wonach unterschiedliche Parteien eine unterschiedliche Programmtradition haben und unterschiedlich organisiert und fragmentiert sind⁸. CDU, CSU und FDP sind frühere Honoratiorenparteien. Diese maßen Programmen wenig Bedeutung bei, waren föderal organisiert und daher von größerer programmatischer Heterogenität geprägt. SPD und KPD galten hingegen als Massenintegrations- bzw. Kaderparteien, die dem Programm große Bedeutung zumaßen, zentral organisiert waren und eher hinsichtlich der Strategie heterogen denn in Bezug auf die programmatischen Ziele. Die Grünen als lange Zeit von Strömungskonflikten geprägte, ehemalige basisdemokratische Bewegungspartei, ähneln hinsichtlich ihrer programmatischen Heterogenität eher den bürgerlichen als den linken Parteien.

Die vorliegende Studie untersucht daher folgende Hypothesen:

H 1: Die Wahlprogramme der Bundes- und Landesparteien weisen eine hohe Konsistenz auf. Die programmatischen Positionen der Landesparteien sind stärker von der Programmatik der Bundesparteien geprägt als von spezifischen, parteiübergreifend verfolgten Interessen eines Landes.

H2: Der Konsistenzgrad ist unterschiedlich über die Parteien verteilt. Die föderal organisierten früheren Honoratiorenparteien CDU, CSU, FDP und die Grünen weisen einen niedrigeren Konsistenzgrad auf als SPD und Linke.

In Ergänzung dieser konkreten Fragen kann die Untersuchung auch einen Beitrag zu der Diskussion, ob sich die Parteien programmatisch bis zur Unkenntlichkeit einander angenähert haben, leisten. Von den Ergebnissen bezüglich der programmatischen Konsistenz in Bund und Ländern lassen sich außerdem allgemeine Schlüsse über die Kohärenz von Parteien im Mehrebenensystem ableiten.

6 Edwin Czerwick, »Parteiprogrammatik und politisches Handeln« in: Ulrich Sarcinelli (Hg.): *Wahlen und Wahlkampf in Rheinland-Pfalz*, Opladen 1984, S. 59–75.

7 Marc Debus, »Die programmatische Entwicklung der deutschen Parteien auf Bundes- und Landesebene zwischen den Bundestagswahlen 1998 und 2005« in: Frank Brettschneider u.a. (Hg.), *Die Bundestagswahl 2005*, Wiesbaden 2007, S. 43–64.

8 Theo Stammen u.a., *Programme der politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, München 1996;

Klaus von Beyme, »Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien«, in: *Gegenwartskunde* 50 Nr. 1 (2001), S. 57–66.

2. Methodische Vorgehensweise und Untersuchungsgegenstand

Parteiprogramme werden in der deutschen Politikwissenschaft bevorzugt in der Form quantitativer Wahlprogrammanalysen untersucht. Die meist im Umfeld des Comparative Manifesto Project⁹ entstandenen Arbeiten zeichnen sich durch große Vorzüge aus. Neue politische Themen und Politikfelder lassen sich aber, da das Kodierschema konstant bleiben soll, schwer erfassen¹⁰. Auch haben sie bis in die jüngere Vergangenheit die subnationale Ebene tendenziell vernachlässigt¹¹. Auch das alternative Wordscore-Verfahren¹² ist letztlich ein automatisiertes Analyseverfahren.

In Ergänzung dieser Studien sollen die hier aufgestellten Hypothesen mithilfe einer heuristischen qualitativen Inhaltsanalyse beantwortet werden. Untersuchungsgegenstand sind die jeweiligen Wahlprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien SPD, CDU, CSU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke für die Bundestagswahl und die Landtagswahlen in Bayern, Hessen und Sachsen.

Parteiprogramme werden üblicherweise in die Typen Grundsatzprogramm einerseits und Wahl- oder Aktionsprogramm andererseits unterteilt¹³. Wahlprogramme gelten als kurzfristig orientiert, konkret gefasst und nach außen gerichtet. Grundsatzprogramme hingegen gelten als langfristig orientiert, abstrakt gehalten, und eher nach innen gerichtet. Dieser Unterscheidung nach erfüllt ein Wahlprogramm eher Außenfunktionen: Es dient der Werbung im Wahlkampf, als Grundlage für die Agitation der aktiven Parteimitglieder, als Mittel zur Profilierung und als Operationsbasis für konkrete Forderungen. Als strategisch verfasste Dokumente senden Wahlprogramme aber auch Signale an potenzielle Koalitionspartner und an die Finanziers einer Partei aus¹⁴. Bei einem Grundsatzprogramm stehen hingegen Binnenfunktionen (Integration, Identifikation, Stimulation, Legitimation, Herrschaft) im Vordergrund. Innerhalb der Programme werden die Bestandteile Grundwerte, Realanalyse und Forderungen unterschieden¹⁵. Grundwerte sind

- 9 Andrea Volkens, »Parteiprogramme und Polarisierung« in: Oskar Niedermayer (Hg.), *Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland*, Opladen 1996, S. 215-236; Ian Budge / Hans-Dieter Klingemann, *Mapping Policy Preferences*, Oxford 2001; Hans-Dieter Klingemann / Andrea Volkens, »Struktur und Entwicklung von Wahlprogrammen in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1998« in: Oscar W. Gabriel u.a. (Hg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, 2. Auflage, Bonn 2002, S. 507-527.
- 10 Peter Mair / Cas Mudde, »The Party Family and Its Study« in: ARPS 1, Nr. 1 (1998), S. 211-229.
- 11 Vgl. abweichend hiervon Andrea Volkens u.a., *Content Analysing Multi-level Authority and Cultural Identity Claims, A Complement to the Comparative Manifestos Project (CMP) Exemplified for Spanish Regional Manifestos*, WZB Discussion Paper SP IV Nr. 202, Berlin 2009.
- 12 Laver, Michael / Benoit, Kenneth, »Extracting Policy Positions from Political Texts Using Words as Data« in: *APSR* 97, Nr. 2 (2003), S. 311-331; Marc Debus, »Parteienwettbewerb und Koalitionsbildung in den deutschen Bundesländern« in: Uwe Jun u.a., *Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern*, Wiesbaden 2008, S. 57-78; Thomas Bräuninger / Marc Debus, *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, Wiesbaden 2012.
- 13 Heino Kaack, *Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems*, Opladen 1971; Hans Kremendahl (Hg.), *Parteiprogramme*, 12. Auflage, Leverkusen 1979.
- 14 Franz Urban Pappi u.a., *Wahlprogramme als Quellen für die Politikfeldinteressen deutscher Landtagsparteien*, Arbeitspapiere des MZES, Nr. 149, Mannheim 2013.
- 15 Stammen u.a., *Programme der politischen Parteien*, aaO. (FN 8).

die einem Programm vorangestellten oberen Prinzipien. Aus der Differenz zwischen diesen Grundwerten und der Realanalyse, also der aktuellen parteispezifischen Welt-sicht, werden dann die eigentlichen Forderungen abgeleitet.

Wahlprogramme gelten als überaus brauchbare Analyseobjekte¹⁶, da sie in schriftlicher Form vorliegen, den Parteien eindeutig zugeordnet werden können, zum gleichen Zeitpunkt entstehen und sich, zumindest wenn man nicht eine salienztheoretische¹⁷, sondern eine konfrontationstheoretische Perspektive einnimmt, auf die gleichen Streitfragen beziehen. In der Praxis werden vor allem Oppositionsparteien angesichts fehlender Regierungsperformanz an ihrem Programm gemessen.

Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen exemplarisch die finanz-, arbeitsmarkt-, sozial-, und wirtschaftspolitischen Forderungen. Dies soll die Konfliktlinie zwischen Marktliberalität einerseits und sozialstaatlichem Interventionismus andererseits nachzeichnen, die aus der Sicht der Cleavage-Theorie neben dem kulturellen Konflikt zwischen libertär-progressiver und konservativ-autoritärer Gesellschaftsauffassung eine der beiden Hauptspannungslinien des deutschen Parteienwettbewerbs darstellt¹⁸. Die Beschränkung auf diese Politikfelder erfolgt aus forschungspraktischen Gründen, da ein Einbezug weiterer Politikfelder, zwar sehr aufschlussreich, aber nur mit hohem Aufwand für alle zwanzig Fälle zu realisieren wäre. Die ökonomische Konfliktlinie wird für Deutschland als wichtigere der beiden Konfliktlinien angenommen werden¹⁹, was in der allgemein anerkannten Links-Rechts-Bipolarität des deutschen Parteiensystems, aber auch in der Einschätzung der Politikfelder als »die Brot-und-Butter-Themen« durch politische Praktiker zum Ausdruck kommt. Untersucht werden nur konkrete Forderungen; abstrakte Postulate, Leerformeln, und Bezüge auf Werte werden nicht berücksichtigt.

Anhand des Vergleichs lassen sich valide Aussagen zum Grad der Konsistenz der Parteiprogramme im Bundesstaat treffen. Der nahezu identische Entstehungszeitpunkt der Programme stellt sicher, dass die politische Großwetterlage dieselbe ist. Die jeweilige Konstellation ist gut vergleichbar, da sich in allen vier Arenen eine schwarz-gelbe Regierung und eine rot-grüne Opposition gegenüberstanden.²⁰ Die ein Jahr später abgehaltene Wahl in Sachsen erlaubt eine Gegenprobe der Erkenntnisse. Die untersuchten Politikfelder fallen in gemeinsame Bundes- und Landeskompentenz. Allerdings trennen

16 Volkens, Parteiprogramme und Polarisierung, aaO. (FN 9); Klingemann / Volkens, Struktur und Entwicklung von Wahlprogrammen, aaO. (FN 9).

17 David Robertson, *A Theory of Party Competition*, London 1976; Ian Budge, »Theory and Measurement of Party Policy Positions« in: Ian Budge / Hans-Dieter Klingemann (Hg.), *Mapping Policy Preferences*, S. 75–90, Oxford 2001.

18 Seymour Lipset / Stein Rokkan, »Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments« in: dies. (Hg.), *Party Systems and Voter Alignments*, New York 1967, S. 1–64; Franz Urban Pappi, »Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik« in: *PVS* 14, Nr. 2 (1973), S. 191–213; Flanagan 1987. Scott Flanagan, »Value change in industrial societies« in: *APSR* 81, Nr. 4 (1987), S. 1303–19.

19 Oskar Niedermayer, »Das deutsche Parteiensystem nach der Bundestagswahl 2009« in: ders. (Hg.), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2009*, Wiesbaden 2011, S. 7–36.

20 Zu beachten sind aber die in Sachsen abweichenden Größenverhältnisse, v.a. von SPD und Linken.

die Parteien in ihren Programmen ohnehin nicht sauber zwischen Bundes- und Landeszuständigkeit. Angekündigte Bundesratsinitiativen und Landesgesetze im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebung sind Instrumente, bundespolitische Belange im Rahmen landespolitischer Programme zu thematisieren.

Als Analysekategorien werden vier Politikfelder unterschieden²¹:

Abb. 1: Untersuchte Politikfelder

| Politikfeld | Themenbereiche |
|---------------------|--|
| Finanzpolitik | Steuern, Abgaben, Haushalt |
| Arbeitsmarktpolitik | Beschäftigung, Lohnpolitik, Kündigungsschutz, Minijobs, Mitbestimmung, atypische Arbeitsverhältnisse, Arbeitslosenversicherung, »Hartz IV« |
| Sozialpolitik | Rente, Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Grundsicherung, Sozialhilfe |
| Wirtschaftspolitik | Ordnungspolitik (Regulierung, Wettbewerb), staatliche Aktivität in der Wirtschaft |

Nach einer Verortung der vier Programme jeder Partei auf der ökonomischen Konfliktlinie soll durch einen Abgleich bestimmt werden, wie konsistent die jeweiligen Forderungen sind. Die programmatischen Positionen werden hierbei wie folgt auf der Konfliktlinie angeordnet (Abb. 2): Forderungen nach verstärkter Umverteilung von Einkommen und Vermögen, nach steigenden Löhnen, umfassender sozialer Absicherung und einer aktiven Rolle des Staates in der Wirtschaft werden dem Pol der sozialstaatlichen Intervention zugeordnet. Forderungen nach einer Senkung der Steuer- und Abgabenlast, Lohnzurückhaltung, verstärkter Eigenbeteiligung und privater Vorsorge in der Sozialversicherung sowie einer zurückhaltenden Rolle des Staates werden hingegen dem Pol der Marktfreiheit zugeordnet.

21 Die hier vorgenommene Differenzierung und die hiermit verbundene Terminologie erfolgte induktiv anhand erster Analysen und erhebt keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit.

Abb. 2: Operationalisierung: Ziele und Bewertung zentraler Topoi

| Kategorie | Themenfelder | Marktfreiheit | Sozialstaatliche Intervention |
|---------------------|---|--|--|
| Finanzpolitik | Steuern, Abgaben | Steuer- und Abgabensenkung | Umfassende und gerechte Besteuerung |
| | Haushalt | Ausgeglichenheit, Konsolidierung über Ausgaben | Defizitfinanzierung, Konsolidierung über Einnahmen |
| Arbeitsmarktpolitik | Lohnpolitik | Zurückhaltung (zur Erzielung von Wettbewerbsvorteilen) | Steigerung nach Produktivitätsfortschritt (zur Beteiligung der Arbeitnehmer am wirtschaftlichen Erfolg) |
| | Beschäftigung | Aufgabe des Marktes | Aufgabe des Staates (öffentlich geförderter Beschäftigungssektor) |
| | Kündigungsschutz, Mitbestimmung | Hindernis für mehr Beschäftigung | Wichtige Errungenschaft |
| | atypische Arbeitsverhältnisse, Minijobs | Grund für Jobwunder, erhaltenswert | Missbrauch, soll eingedämmt werden |
| | Hartz IV | Beibehalt | Erhöhung der Sätze, Abschaffung der Sanktionen |
| Sozialpolitik | Sozialversicherungen: Organisation | Beitragsfinanzierung, ergänzt durch private Vorsorge | Beitragsfinanzierung, Kofinanzierung durch Steuern |
| | Sozialversicherungen: Leistungsniveau | niedrig | umfassend |
| Wirtschaftspolitik | Regulierung | minimal | umfassend |
| | staatliche Aktivität in der Wirtschaft | minimal | umfassend |
| | freier Wettbewerb | Organisationsprinzip weiter Lebensbereiche; Hauptziel der Wirtschaftspolitik | Organisationsprinzip der Wirtschaft, das Ausgleich und Ergänzung erfordert; ein wirtschaftspolitisches Ziel neben weiteren |

3. Die Finanz-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik im Vergleich

3.1. CDU/CSU²²

| Politikfeld | Bund | Hessen | Bayern | Sachsen |
|-------------|--|--|--|---|
| Finanzen | ausgeglichener Haushalt bis 2017; Warnung vor <i>linker Umverteilungs- und Bevormundung</i> und den <i>verantwortungslosen</i> Steuerplänen von SPD und Grünen | schnelle Haushaltskonsolidierung durch Ausgabenkürzungen; Absage an staatliche Überregulierung, dauerhafte Subventionen Steuererhöhungen | Schuldentilgung bis 2030; Aufnahme eines Neuverschuldungsverbots in die Verfassung; Verzicht auf Steuererhöhungen | Verweis auf bestehendes Neuverschuldungsverbot und Schuldentilgung; <i>Maß halten</i> ; hohe Investitionsquote |
| | Neuordnung Länderfinanzausgleich (Anreiz für Nehmerländer, <i>ihre Situation zu verbessern</i>) | Neuordnung Länderfinanzausgleich (Ziel: Besserstellung des Geberlands Hessen) | Reform Länderfinanzausgleich zugunsten der Geberländer | Stärkung kommunale Finanzen |
| | Abbau kalte Progression; effektive Besteuerung Großkonzerne | | Abbau kalte Progression | Familienplitting |
| | | | Regionalisierung / Senkung Erbschaftsteuer | |
| Arbeit | Befürwortung von Zeitarbeit und Befristung, aber Bekämpfung Missbrauch | Bekämpfung Missbrauch von Zeitarbeit, Befristung, Werkverträge, Praktika; Erhalt der Minijobs | unbefristete Beschäftigung als Regel | |
| | tarifliche Mindestlöhne (Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen); Tarifeinheit; <i>gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort</i> | branchen- und regionenspezifische Lohnuntergrenzen; Tariftreue im Vergabewesen | branchen- / regionenspezifische tarifliche Mindestlöhne; <i>gleicher Lohn für gleiche Arbeit</i> (Männer / Frauen, Zeitarbeiter / Festangestellte) | Lohnfindung als Aufgabe der Tarifpartner; <i>gleicher Lohn für gleiche Arbeit</i> (Männer / Frauen, Zeitarbeiter / Festangestellte) |

²² CDU/CSU, *Gemeinsam erfolgreich für Deutschland*, <http://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/regierungsprogramm-2013-2017-langfassung-20130911.pdf>; CDU Hessen, *Gemeinsam auf dem Weg – Ideen für die Zukunft Hessens*, https://www.epenportal.de/web/datapool/storage/files1000000/Wahlen/Landtagswahl_2013/Programm_LTW_2013.pdf; CSU, *Der Bayernplan*, http://csu.de/programm/csu_regierungsprogramm_2013-2018_der_bayernplan; CDU Sachsen, *Mit Mut, Mit Weitsicht, Miteinander*, Unser Regierungsprogramm 2014-2019, abrufbar unter https://www.epenportal.de/web/datapool/storage/files100474/Wahlprogramme/CDUSachsen_Regierungsprogramm_2014-2019.pdf.

| Politikfeld | Bund | Hessen | Bayern | Sachsen |
|-------------|---|---|---|---|
| | Lohnnebenkosten weiterhin unter 40 % | | | |
| Soziales | gesetzliche Rente als <i>tragende Säule</i> , aber Ergänzung durch private Vorsorge | | | <i>Wohlstand für alle</i> ; verbesserte Transparenz private Vorsorge |
| | bessere Berücksichtigung der Kindererziehung bei der Rente (<i>Mütterrente</i>) | <i>Mütterrente</i> | <i>Mütterrente</i> | Mütterrente; Verbesserungen Elterngehalt |
| | Rentenzuschuss bis zu 850 € für langjährige Versicherte mit privater Vorsorge (<i>Lebensleistungsrente</i>). | | | höheres Rentenniveau für langjährig Versicherte |
| | Rentenversicherungspflicht für Selbstständige ohne Angestellte | | | Vorschüssigkeit Sozialbeiträge abschaffen |
| | stärkerer Wettbewerb der gesetzlichen Krankenkassen, Beibehaltung des Gesundheitsfonds | | Regionalisierung des Gesundheitsfonds | |
| Wirtschaft | Finanztransaktionssteuer (unter Wahrung der Interessen des <i>Finanzplatzes Deutschland</i>); Bankenregulierung (Überwachung Schattenbanken) | <i>Verhinderung einer auf Deutschland oder einzelne EU-Staaten beschränkten Finanztransaktionssteuer, die zur Schwächung des Finanzplatzes Frankfurt führt.</i> | Finanzmarktregulierung | |
| | Bürokratieabbau | Ausbau der Arbeit der Förderagenturen | Arbeitsplätze in den peripheren Gebieten Bayerns (<i>aktive Wirtschafts- und Strukturpolitik</i>) | Konzentration öffentlicher Verwaltung auf Kernaufgaben; Bürokratieabbau; <i>Innovationspolitik</i> ; Standortkampagne ländliche Gebiete; Förderung Existenzgründung |
| | | | | Beibehaltung Kammerwesen |

Das CDU/CSU-Bundestagsprogramm bezieht im Konflikt zwischen sozialstaatlicher Intervention und Marktliberalität meist Mittelpositionen. So wird der Kampf gegen den Missbrauch von Befristungen und Zeitarbeit zwar angemahnt, allerdings durchweg unter Betonung, dies müsse gemeinsam mit den Sozialpartnern (Bund) bzw. gemeinsam mit der Wirtschaft (CSU) geschehen. Die Forderungen sind häufig Status-quo-orientiert; eigene Reformprojekte sind eher selten.

Die Landtagswahlprogramme haben einen stärker marktliberalen Akzent (v.a. in der Finanzpolitik). In Bayern und Hessen ruft die Union nach Besserstellung der Geberländer im Länderfinanzausgleich. Die CSU fordert außerdem eine aktivere Rolle des Staates in Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Die geforderte Regionalisierung von Steuern und Sozialversicherungen entspricht den Interessen Bayerns als wirtschaftsstarkem Land.

Die wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitischen Positionen der Union in Bund und Ländern sind überwiegend konsistent, aber durch Unterschiede in einzelnen Fragen und andere Akzentsetzungen geprägt.

3.2. SPD²³

| Politikfeld | Bund | Hessen | Bayern | Sachsen |
|-------------|---|--|--|---|
| Finanzen | Haushaltskonsolidierung über gesteigerte Einnahmen (Spitzensteuersatzes 49 %, Individualbesteuerung unter Berücksichtigung des Unterhalts statt Ehegattensplitting, Vermögenssteuer; Erhöhung Erbschafts- / Kapitalertragssteuer) | ausgeglichener Haushalt bis 2020, v.a. über gesteigerte Einnahmen (+ 1 Mrd. € durch Pläne Bundespartei), z.T. durch Ausgabenkürzung (Förderung privater Bildungseinrichtungen) | Haushaltskonsolidierung über Einnahmeerhöhung; Verweis auf die entsprechenden bundespolitischen Pläne (Einkommens-, Vermögens-, Abgeltungs- und Transaktionssteuer); verbesserte Finanzlage der Kommunen | konsequente Entschuldung; Zukunftsinvestitionen; Einschränkung strafbefreiende Selbstanzeige; Ankauf Steuer-CDs; intensivierte Steuerfahndung |
| | Länderfinanzausgleich: Bekenntnis zum <i>solidarischen Bundesstaat</i> | Länderfinanzausgleich: <i>für Hessen günstigere Lösung</i> auf dem Verhandlungsweg; <i>gleichwertige Lebensverhältnisse</i> innerhalb Hessens | Länderfinanzausgleich: <i>Belastungen Bayerns reduzieren, ohne die Solidarität aufzukündigen</i> ; Abbau der regionalen Disparitäten | Neuregelung im Sinne Sachsens auf dem Verhandlungsweg |

23 SPD, *Das Wir entscheidet*, <http://www.spd.de/linkableblob/96686/data/>, SPD Hessen, *Gerechtigkeit macht stark*, http://www.spd-hessen.de/db/docs/doc_43827_201362412757.pdf, SPD Bayern, *Jetzt ist alles drin – Wir bringen Bayern ins Gleichgewicht*, <http://bayernspd.de/wahlen/regierungsprogramm/programm/>, SPD Sachsen, *Unser Regierungsprogramm für Sachsen 2014–2019*, abrufbar unter http://spd-sachsen.de/wp-content/uploads/2014/07/Regierungsprogramm_Langversion_07.07.14_klein.pdf.

| Politikfeld | Bund | Hessen | Bayern | Sachsen |
|-------------|--|---|--|---|
| Arbeit | Eindämmung prekärer Arbeit (gesetzlicher, jährlich zu erhöhender Mindestlohn von 8,50 €, leichtere Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen, Tariftreue bei öffentlichen Ausschreibungen, deutliche Lohnsteigerungen) | Landesmindestlohngesetz; Rückkehr Hessens in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder; Tariftreue-/ Mindestlohngebot bei öffentlichen Ausschreibungen | Landesmindestlohngesetz; Bundesratsinitiativen für <i>Gute Arbeit</i> (gesetzlicher Mindestlohn; Entgeltgleichheit; Beendigung des Missbrauchs von Praktika, Werkverträgen und befristeter Beschäftigung; Arbeitnehmerrechte in den Kirchen) | Verweis auf beschlossenen Mindestlohn im Bund; faire Löhne (u.a. durch Allgemeinverbindlichkeitserklärung); Fördermittel und Auftragsvergabe nach sozial-ökologischen Kriterien (Tariftreue, Anteil Leiharbeit) |
| | verbesserter Schutz für Minijobber und befristet Beschäftigte | verstärkte Kontrollen Arbeitsschutz | s.o. | verstärkte Kontrollen Arbeitsschutz |
| | Ausweitung betriebliche Mitbestimmung | | s.u. | Ausweitung betriebliche Mitbestimmung |
| | aktive Arbeitsmarktpolitik mittels eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors; Ausbildungsplatzgarantie | öffentlich finanzierter »sozialer Arbeitsmarkt«; Ausbildungsplatzgarantie | Aufbau eines sozialen Arbeitsmarktes; Ausbildungsplatzgarantie; Weiterbildungspakt; Vorreiterrolle Staat (Entlohnung und Mitbestimmung im öffentlichen Dienst; Tariftreue im Vergabewesen; Ausbildungsplatzgarantie) | Vorreiterrolle Staat (u.a. Entgeltgleichheit, Frauenförderung) |
| Soziales | Bürgerversicherung im Gesundheitswesen | Bürgerversicherung im Gesundheitswesen | Bürgerversicherung im Gesundheitswesen | |
| | Rente mit 67, aber abschlagsfreie Rente ab 63 nach 45 Versicherungsjahren; heutiges Rentenniveau bis 2020; Anhebung der Ostrenten bis 2020 | | Verweis auf Pläne Bundes-SPD (<i>solidarische Rente</i> auf hohem Niveau) | flexibler Renteneintritt |
| | steuerfinanzierte Solidarrente (mind. 850 € für langjährig Versicherte) | | Verweis auf Pläne Bundes-SPD (steuerfinanzierte Solidarrente) | |

| Politikfeld | Bund | Hessen | Bayern | Sachsen |
|-------------|---|---|---|---|
| | <i>Mütterrente</i> | | | |
| | Einbezug Selbständiger in die gesetzliche Rente | | | |
| | | <i>nachhaltig finanziertes Sozialbudget; Rechtsanspruch auf ein Einzelzimmer in Alten-/Pflegeheimen</i> | Kindergrundsicherung, verstärkte Förderung von Selbsthilfegruppen | Landespflegegesetz; flächendeckende Versorgung |
| Wirtschaft | Finanztransaktionssteuer; strikte Finanzmarktregulierung | strikte Finanzmarktregulierung, auch in Hinblick auf Finanzplatz Frankfurt | Finanztransaktionssteuer | ----- |
| | höhere Eigenkapitalvorgaben für Banken; Trennung von Investment- und Geschäftsbanken; Einschränkung des Hochfrequenzhandels | | | |
| | | Stopp des Verkaufs landeseigenen Vermögens | breite Wirtschaftsförderung; spezifische Förderprogramme; Abbau regionaler Disparitäten | breite regionalisierte Wirtschaftsförderung; aktive staatliche Wirtschaftspolitik |

Die Bundes-SPD verabschiedet sich in ihrem Programm nicht vollständig von den marktliberalen Reformprojekten der Schröder-Ära. Das Programm sieht aber umfangreiche staatliche Umverteilung von Einkommen und Vermögen vor, und ist somit stark von sozialstaatlich-interventionistischen Ideen geprägt.

Das hessische Landtagswahlprogramm ist angesichts von Umfang und Vehemenz der Forderungen ist es sogar noch ein Stück weiter in Richtung des Poles *sozialstaatliche Intervention* einzuordnen.

Die Forderungen der Bayern-SPD sind mit der Bundesprogrammatik weitgehend identisch. Nur in Begründung und Herleitung erkennt man das spezifische Dilemma einer langjährigen Oppositionspartei in einem wirtschaftlich prosperierenden Land.

Die Landtagswahlprogramme beziehen sich teils explizit auf die umfangreiche ökonomische Konzeption der Bundes-SPD. Leitbild aller Programme ist die *gute Arbeit* anstelle von *Arbeit um jeden Preis*. Teils thematisieren die Programme selbst diese hohe Konsistenz: »Dafür treten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bei der anstehenden Bundestagswahl und der hessischen Landtagswahl gemeinsam ein.«²⁴.

24 SPD Hessen, aaO. (FN 34), S. 107.

3.3. Grüne²⁵

| Politikfeld | Bund | Hessen | Bayern | Sachsen |
|-------------|--|---|---|--|
| Finanzen | Leitbild: sozial- und wirtschaftspolitisch aktiver Staat; Haushaltskonsolidierung durch Einnahmeerhöhungen und spezifische Ausgabenkürzungen (umweltschädliche Subventionen, Rüstungsprojekte) | Leitbild: Haushaltskonsolidierung durch Einnahmeerhöhung und Einsparungen | Leitbild: Haushaltskonsolidierung durch Einnahmeerhöhung und Einsparungen; ambivalente Bewertung der Sparpolitik; schneller Schuldenabbau | Leitbild: Handlungsfähiger Staat; Investitionen statt Zinsen; Schuldenbremse; <i>intelligente Schwerpunktsetzung im Haushalt</i> |
| | Erhöhung direkter Steuern und Abgaben (Spitzensteuersätze 49 %, Abschaffung Ehegattensplitting, Vermögensabgabe, Erhöhung Erbschafts- / Grund- / Gewerbesteuer, Mindeststeuer Unternehmen, Steuerpflicht Auslandsdeutsche) | Spitzensteuersatz %, Vermögensabgabe für Millionäre | Erhöhung von vermögensbezogenen Steuern und der Steuersätze für Spitzen Einkommen; Anpassung Steuersystem an Finanzbedarf | konsequentes Vorgehen gegen Steuerstraftaten |
| | ökologische Reform indirekte Steuern und Abgaben (MwSt, Luftverkehrs-, / Öko- / Kfz-Steuer) | | | |
| | Reform Länderfinanzausgleich: <i>fair, anreizkompatibel und solidarisch</i> (278) | Befürwortung der Klage gegen Länderfinanzausgleich; Reform kommunaler Finanzausgleich | Länderfinanzausgleich durch den Bund, Anreiz für eigene Einnahmen; kein föderaler Steuerwettbewerb | finanzielle Eigenständigkeit Sachsen ab 2020, aber Neuregelung Finanzausgleich im Sinne Sachsens auf Verhandlungsweg |

25 Grüne, *Zeit für den grünen Wandel – Teilhaben / Einmischen / Zukunft schaffen*, http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/Wahlprogramm/Wahlprogramm-barrierefrei.pdf, Grüne Hessen, *Hessen will den Wechsel*, <http://www.gruene-hessen.de/partei/files/2013/06/GR%C3%9CNES-Regierungsprogramm-Hessen-will-den-Wechsel.pdf>, Grüne Bayern, *Wahlprogramm*, http://www.gruene-bayern.de/fileadmin/Bilder/Wahlprogramm_Landtagswahl_Bayern_2013_web2.pdf, Grüne Sachsen, *Sachsens Chancen nutzen, Programm zur Landtagswahl 2014*, abrufbar unter http://www.gruene-sachsen.de/fileadmin/media/wahlen/2014ltw/programm/gruene-sn_programm-ltw2014.pdf.

| Politikfeld | Bund | Hessen | Bayern | Sachsen |
|-------------|--|--|--|---|
| Arbeit | gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 €; ökologisch-soziale Kriterien im Vergabewesen | Mindestlohn von 8,50 Euro; Tariftreue bei öffentlichen Aufträgen | allgemeinverbindlicher Mindestlohn; <i>öko-soziales Beschaffungswesen</i> | Landesmindestlohngesetz; öko-soziales Vergabewesen; |
| | Entgeltgleichheitsgesetz; gesetzliche Regelungen gegen Scheinselbständigkeit, Missbrauch von Leiharbeit / Werkverträgen / Praktika / Befristung Vorreiterrolle Staat | Dauerstellen an den Hochschulen | gesetzliche Begrenzung von Leih- und Zeitarbeit | Begrenzung von Leiharbeit (10 %); Entgeltgleichheit; sozialer Arbeitsmarkt; Dauerstellen an den Hochschulen; Vorreiterrolle Staat |
| | verbesserter Arbeitsschutz | | verbesserte Kontrollen des Arbeitsrechts | verbesserter Arbeitsschutz; Vorbild Staat |
| | erweiterte Mitbestimmung (v.a. Kirchen) | | volle Arbeitnehmerrechte in den Kirchen | |
| | Sozialversicherungspflicht für Minijobs | | | |
| | Reallohnsteigerung entsprechend Produktivitätsfortschritt | | | |
| Soziales | Grundsicherung (420 €) statt Alg II; SGB II für Asylbewerber | | Erhöhung der Alg-II-Sätze | |
| | Aussetzung von Sanktionen bei Hartz IV | | | Beratung statt Sanktionen bei Hartz IV |
| | Grüne Bürgerversicherung, finanziert durch Beiträge auf Kapital- und Mieteinkünfte | | Grüne Bürgerversicherung, finanziert durch Beiträge auf Kapital- und Mieteinkünfte | Bürgerversicherung zur Finanzierung Pflege; keine Ökonomisierung Notfallmedizin |
| | kostenfreie Familienversicherung nur bei Kindererziehung | | | |
| | Beibehaltung jetzigen Rentenniveau | | | |
| | Garantierrente von 850 € für langjährig Versicherte | | steuerfinanzierte Garantierrente für langjährig Versicherte | |

| Politikfeld | Bund | Hessen | Bayern | Sachsen |
|-------------|---|---|--|---|
| | bessere Anerkennung Erziehungszeiten; Rentensplitting | | | |
| | langfristig: einheitliche Rentenversicherung (u.a. Beamte, Selbständige) | | | |
| | | Gesundheitsförderung, integrierte Versorgung | | Leitbild Inklusion; Pflegekammern |
| | | Behindertengleichstellungsgesetz | | |
| Wirtschaft | ökologischer Umbau der Wirtschaft (Energie, Mobilität, Produktion) | ökologischer Umbau der Wirtschaft | ökologischer Umbau der Wirtschaft; ambivalente Beurteilung Staatsaktivität in der Wirtschaft | |
| | umfassende Finanzmarktregulierung (Gehaltsregelungen, EU-Bankenaufsicht, Trennbankensystem, Schattenmärkte, Hochfrequenzhandel); Transaktionssteuer | Bekenntnis zum Finanzplatz Frankfurt, aber keine <i>Attraktivität durch geringe Regulierungsstandards</i> | verbesserte Kontrollen des Wettbewerbsrechts | |
| | Bürokratieabbau für KMU, erleichterte Existenzgründung | erleichterte Existenzgründung, ökologische Ausrichtung Wirtschaftsförderung | Bürokratieabbau, erleichterte Existenzgründung, ökologische Ausrichtung Wirtschaftsplanung; Überprüfung von Kammerzwang und Berufsgenossenschaftensmonopol | Beratung / Förderung Existenzgründung; ökologische und vereinfachte Wirtschaftsförderung; Reform / Demokratisierung des Kammerwesens (sonst: Abschaffung) |
| | | keine Privatisierung Ausverkauf öffentlicher Wohnungsbau / Krankenhäuser | Abbau regionaler Disparitäten | Förderung ländlicher Raum |

Die Grünen-Programme in Land und Bund ähneln einander, ohne identisch zu sein. Die bundespolitischen Schlüsselprojekte werden in den Landtagsprogrammen für Bayern und Hessen hingegen explizit aufgegriffen. Letztere unterscheiden sich jedoch nicht nur durch die Berücksichtigung regionaler Besonderheiten (Wirtschaftsstruktur, Länderfinanzausgleich), sondern auch durch veränderte inhaltliche Akzente: Das Bundestagswahlprogramm ist angesichts der Steuerpläne eindeutig interventionistisch; das Leitbild ist ein sozial- und wirtschaftspolitisch aktiver Staat, der sich v.a. durch Einnah-

meerhöhungen, teils auch durch spezifische Ausgabenkürzungen (umweltschädliche Subventionen, Rüstungsprojekte) finanziert. Hingegen ist im hessischen Programm von einer *soliden Finanzpolitik ohne immer mehr Schulden, die sparsam mit dem Geld der Steuerzahler umgeht*, die Rede. In Bayern heißt es, Staatsaufgaben müssten *regelmäßig auf ihre Effektivität hin überprüft werden*; und Staatsschulden werden ambivalent bewertet. In Sachsen fordern die Grünen sogar eine *Kultur unternehmerischen Denkens und Handelns*. Die Grünen-Programme in den Ländern nehmen somit Mittelpositionen im Sozialstaatskonflikt ein; für Sachsen lässt sich das aus Mangel an bundespolitischen Aussagen aber nur sehr eingeschränkt konstatieren.

Die Programme für Hessen und Sachsen beschränken sich stärker als in Bayern auf die Landespolitik. Die Landtagswahlprogramme thematisieren hingegen Konflikte zwischen Grünen-Programmatik und der regionalen Wirtschaftsstruktur (Chemieindustrie in Hessen, Automobilindustrie in Bayern).

3.4. FDP²⁶

| Politikfeld | Bund | Hessen | Bayern | Sachsen |
|-------------|---|---|---|--|
| Finanzen | schnelle Haushaltskonsolidierung über Ausgaben senkung; Schuldenabbau | Priorität Schuldenabbau; Orientierung der Staatsausgaben an den Einnahmen | ausgeglichener Haushalt; Schuldentilgung bis 2030; <i>Zukunftsinvestitionen</i> | Fortführung Schuldentilgung und hohe Investitionsquote |
| | <i>Subventionsbremse; Sparregel</i> (Schuldenabbau-pflicht bei Mehreinnahmen) | <i>Sparregel</i> | <i>strenge Schuldenbremse</i> | Verweis auf bestehendes Neuverschuldungsverbot und Schuldentilgung |
| | Beseitigung kalte Progression durch Inflationsanpassung Steuertarife | | | Abbau der kalten Progression |
| | Abschaffung Solidaritätszuschlag | | Abschaffung Solidaritätszuschlag | Abschaffung Solidaritätszuschlag bis 2017 |

26 FDP, *Bürgerprogramm*, http://www.fdp.de/files/408/B_rgerprogramm_A5_Online_2013-07-23.pdf, FDP Hessen, *Bildung, Wirtschaft, Gerechtigkeit – Wir schaffen Chancen*, http://lv.fdp-hessen.de/files/12347/2013_Programm_LTW_final.pdf, FDP Bayern, *Bayern braucht Gelb*, http://www.fdp-bayern.de/files/15386/LTW-Programm_Dez12-final.pdf, FDP Sachsen, *Sachsenprogramm 2020*, abrufbar unter http://fdp.tec.ito-web.de/cms/wp-content/uploads/2014/05/Sachsenprogramm2020_Beschluss2014.pdf.

| Politikfeld | Bund | Hessen | Bayern | Sachsen |
|-------------|--|--|---|--|
| | <i>einfaches, niedriges und gerechtes Steuersystem mit moderaten Sätzen und wenigen Ausnahmen (Ideal: Stufentarif)</i> | | <i>einfaches, gerechtes und transparentes Steuersystem</i> | <i>einfaches und faires Steuersystem mit niedrigen Steuersätzen; umfassende Steuerreform; Senkung Steuerlast</i> |
| | Beibehaltung von Ehegattensplitting und 25%-Abgeltungssteuer | | | |
| | aufkommensneutrale Vereinfachung von Erbschafts- und Mehrwertsteuer | | Regionalisierung / Abschaffung Erbschaftsteuer; aufkommensneutrale Reform MwSt (Abschaffung ermäßigter Satz); Abschaffung Zweitwohnungssteuer | Senkung Grunderwerbssteuer; Ablehnung höhere Erbschafts- / Vermögenssteuer |
| | Entflechtung der staatlichen Finanzbeziehungen (Wettbewerbsföderalismus) | Unterstützung der Klage gegen den Länderfinanzausgleich; Länderfusionen; Wettbewerb zw. Kommunen | Unterstützung der Klage gegen den Länderfinanzausgleich; Wettbewerbsföderalismus; Reform kommunaler Ausgleich | Ziel: finanzielle Eigenständigkeit Sachsens ab 2020; Entflechtung Finanzbeziehungen (föderaler Wettbewerb) |
| Arbeit | branchen- und regionenspezifische Lohnuntergrenzen; kein gesetzlicher Mindestlohn | Ablehnung von Mindestlöhnen bei öffentlichen Ausschreibungen | | kein Mindestlohn, aber Verbot sittenwidrige Löhne; Vergabewesen ohne <i>vergabefremde</i> Kriterien |
| | Beibehaltung Sanktionen (Alg II) | | | |
| | Beibehaltung Minijobs, Erhöhung der 450-€-Grenze | | | |

| Politikfeld | Bund | Hessen | Bayern | Sachsen |
|-------------|--|--|---|--|
| | Lockerung der Regeln zu Befristungen | | | Hochschulen: sehr kurze Befristung als Ausnahme |
| | Missbrauch von Zeitarbeit: keine gesetzliche Regelung | | | |
| | | | gleiche Mitbestimmungsrechte für kirchliche Angestellte | |
| Soziales | Beibehaltung des aktuellen Sozialversicherungssystems; Abschaffung des Gesundheitsfonds | | Überprüfung aller Sozialgesetze <i>auf ihren effektiven Nutzen hin</i> ; keine Bürgerversicherung | Initiativen / Netze ins Pflegewesen einbinden |
| | <i>zukunftsste</i> Versorgungswerke (Stärkung privater Vorsorge und Kapitaldeckung) | private Vorsorge und Kapitaldeckung in der Rente | | |
| | Stärkung Private Krankenversicherung; Autonomie und Wettbewerb in der Gesetzlichen Krankenversicherung | | Beitragsautonomie, Wahltarife und Wettbewerb in der Gesetzlichen Krankenversicherung | Betonung der Eigenverantwortung im Gesundheitswesen; umfassende Versorgung durch Anreizmodelle |
| | <i>Bürgergeld</i> (pauschalisierte Bündelung von Sozialleistungen) | <i>Bürgergeld</i> (pauschalisierte Bündelung von Sozialleistungen) | | |
| | früher Renten-eintritt nur mit Abschlägen | früher Renten-eintritt nur mit Abschlägen | | flexible Arbeitszeitmodelle |

| Politikfeld | Bund | Hessen | Bayern | Sachsen |
|-------------|--|---|--|---|
| Wirtschaft | Ablehnung der Finanztransaktionssteuer | Ablehnung der Transaktionssteuer (Nachteile für Frankfurt) | | |
| | Ablehnung einer quantitativ vergrößerten Bankenaufsicht; Bankenregulierung (Eigenkapitalvorgaben, Trennung Zentralbank – Aufsicht Bankenaufsicht, Privatisierung Landesbanken) | effektive Bankenregulierung (Schattenbanken, Hochfrequenzhandel), zu möglichst niedrigen Kosten; Prüfung Trennbankensystem; Stärkung Aktionärsrechte; keine staatliche Deckelung Gehälter | stärkere Bankenregulierung, aber Beachtung von Verursacherprinzips und Interessen kleine/mittlere Banken | |
| | Senkung der Staatsquote, Subventionsabbau, Privatisierungen, Ablehnung staatlicher Rettungspakete für kriselnde Großunternehmen | Subventionsabbau, Privatisierungen, Stellenabbau im öffentlichen Dienst; Beschränkung staatlicher Aktivität auf einen Kernbereich | Subventionsabbau; Beschränkung staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft auf Kernaufgaben und Daseinsvorsorge; Beschränkung öffentlicher Dienst auf hoheitliche Aufgaben | Subventionsabbau; Privatisierungen; Präferenz für private wirtschaftliche Organisation Daseinsvorsorge; Leistungsorientierung öffentlicher Dienst |
| | Stärkung des Wettbewerbsrechts (Entflechtung, Verhindern des Entstehens systemrelevanter Banken); | kartellrechtliche Verhinderung des Entstehens systemrelevanter Banken (»too big to fail«) | | |
| | steuerliche Förderung von Existenzgründung und Eigenkapitalbildung, Bürokratieabbau | | | staatliche Investitions- / Mittelförderung; Bürokratieabbau |

| Politikfeld | Bund | Hessen | Bayern | Sachsen |
|-------------|---|---|---|--|
| | Abschaffung des Meisterzwangs im Handwerk | Erhalt Kammerwesen, Ausdehnung auf weitere freie Berufe | Abschaffung des Kammerzwangs | Erhalt Meisterbrief |
| | | erleichterte Sonntags- bzw. Nachöffnung (Läden / Gaststätten) | Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen | Beibehaltung liberalisierte Ladenöffnung |

Die Programme der FDP sind durchweg nahe oder sehr nahe am Pol der Marktliberalität angesiedelt. Sie stehen in zentralen Fragen nicht im Widerspruch zueinander. Der auffälligste Kontrast ist die Frage des Kammerzwangs, die Bundes-, Hessen- und Bayern-FDP unterschiedlich beantworten. Die Programme sind stellenweise sehr zurückhaltend formuliert: Die Partei erscheint infolge der veränderten Großwetterlage seit der Finanz- und Eurokrise in eine defensive Position geraten zu sein. Mindestlöhne werden nicht an sich abgelehnt, sondern nur deren gesetzliche Festlegung. Stattdessen soll die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen (allerdings unter Beteiligung des Kartellamts) oder die Lohnfestsetzung gemäß Mindestarbeitsbedingungengesetzes) Lohnuntergrenzen einziehen. Roter Faden auf Bundesebene ist, den wachstumskritischen Diskurs aufgreifend, das Leitbild Wachstum. In drastischen Worten wird hier vor *Einkaufsrente* und *zentralistisch gelenkter Staatsmedizin* gewarnt.

Die Landtagswahlprogramme behandeln die Bundespolitik unterschiedlich ausführlich. Beide Landesverbände bringen in ihren Programmen deutliche Staatsskepsis zum Ausdruck, und sind noch näher als im Bund am Pol der Marktfreiheit zu verorten. Der Topos *Wachstum* wird von den Landesverbänden unterschiedlich stark aufgegriffen. Die öffentliche Daseinsvorsorge und der Kernbereich staatlichen Handelns wird in den Ländern unterschiedlich, aber tendenziell eng definiert

In allen vier Programmen stehen der Ruf nach Wirtschaftsförderung und nach umfangreichen Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur in Kontrast zu den Forderungen nach Abgabensenkung, Sparsamkeit und Schuldenabbau.

3.5. Linke²⁷

| Politikfeld | Bund | Hessen | Bayern | Sachsen |
|-------------|---|--|--|--|
| Finanzen | umfangreiche Steuererhöhungen (Körperschafts- / Erbschafts- / Vermögenssteuer; Besteuerung Veräußerungsgewinne); Spitzensteuersatz 53 %; Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen (bis 6.000 €) durch erhöhte Freibeträge | Konsolidierung Landeshaushalt über Einnahmeerhöhungen, Verweis auf bundespolitische Pläne Vermögenssteuer, Erbschaftsteuer, Mindestlöhne usw.); Kürzung spezifischer Ausgaben (z.B. Flughafen Kassel-Calden) | Verweis auf bundespolitische Pläne (Vermögens- / Erbschafts- / Gemeindefinanzsteuer; Bankenabgabe usw.); intensivierte Steuerprüfung; Länderfinanzausgleich: Verweis auf langjährigen Profit Bayerns | Prioritätensetzung (ermöglicht Handlungsfähigkeit ohne Neuverschuldung und auf Ausgabenkürzungen); Verweis auf bundespolitische Pläne zur Einnahmeerhöhung (Spitzensteuersatz, Vermögens- / Erbschaftsteuer) |
| | Reform MwSt (7 % für Arzneimittel und Kinderprodukte, 19 % für Hotelübernachtungen) | s.o. | s.o. | |
| | Vermögensabgabe; 75 % Reichensteuer für Einkommen > 1 Mio. | s.o. | s.o. | s.o. |
| | Individualbesteuerung statt Ehegattensplitting | | | |
| | Abschaffung Schuldenbremsen | Ablehnung Schuldenbremse | | Schuldenbremse als Herausforderung |
| Arbeit | Verbot der Leiharbeit, Zustimmungspflicht Betriebsrat bei Befristung / Werkverträgen | Verbot der Leiharbeit | Verbot der Leiharbeit im Bildungswesen | Dauerstellen an den Hochschulen |
| | Sozialversicherungspflicht für Minijobs, Mindestvergütung Praktika | | | |

²⁷ Linke, *100 % Sozial*, http://www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2013/bundestagswahlprogramm/bundestagswahlprogramm2013_langfassung.pdf, Linke Hessen, *100 % Sozial – auch nach der Wahl*, www.die-linke-hessen.de/wahlen2013/positionen/downloads/category/11-programm.html?download=1:wahlprogramm-zur-landtagswahl-2013, Linke Bayern, *Bayern – sozial und solidarisch*, http://www.die-linke-bayern.de/fileadmin/Dokumente/Programm/Wahlprogramm/2013/DIE_LINKE_Wahlprogramm_Landtagswahl_Bayern_2013.pdf, Linke Sachsen, *Besser leben in Sachsen, Landtagswahlprogramm 2014*, abrufbar unter http://www.dielinke-sachsen.de/uploads/media/641305_LinkeSXA_Langwahlprogramm_140514_1.pdf.

| Politikfeld | Bund | Hessen | Bayern | Sachsen |
|-------------|---|--|---|--|
| | gesetzlicher Mindestlohn 10 € (jährlicher Anstieg gemäß Inflation / Produktivitätsfortschritt) | gesetzlicher Mindestlohn 10 €; Rückkehr Hessens in die Tarifgemeinschaft | gesetzlicher Mindestlohn 10 € | gesetzlicher Mindestlohn 10 € |
| | Neueinstellungen im öffentlichen Dienst | Ausbau öffentlicher Dienst | | Vorbildfunktion öffentlicher Dienst |
| | Entgeltgleichheit; Tariftreue bei öffentlichen Ausschreibungen Gehaltssteigerungen im öffentlichen Dienst | Entgeltgleichheit; Tariftreue bei öffentlichen Ausschreibungen | Entgeltgleichheit; Tariftreue und Mindestlohn bei öffentlichen Ausschreibungen | Entgeltgleichheit: öko-soziale Standards (Tariftreue, Ausbildungs- / Leiharbeitsquote) bei Ausschreibung / Förderung |
| | Begrenzung Spitzengehälter / Steuerabzug | | | |
| | Ausweitung Mitbestimmungsrechte, v.a. Kirchen | Ausweitung Mitbestimmung: Arbeitnehmerkammer | Ausweitung Mitbestimmung, v.a. öffentlicher Dienst / Kirchen / Großunternehmen; Wirtschafts- und Sozialräte | <i>Wirtschaftsdemokratie</i> in öffentlichen Unternehmen |
| | Begrenzung Wochenarbeitszeit (48 Std.); langfristig 30-Stunden-Woche | 38,5-Std.-Woche im öffentlichen Dienst; mittelfristig 30-Stunden-Woche | Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich; Bildungsurlaubsgesetz | |
| | Arbeitslosigkeit: Absicherung bisheriger Lebensstandard; Wegfall Sanktionen | | | |
| | Alg-II-Satz 500 €; mittelfristig: Mindestsicherung 1050 € | sanktionsfreie Mindestsicherung | | |
| | öffentlich geförderter Beschäftigungssektor | | öffentlich geförderter Beschäftigungssektor | öffentlich geförderter Beschäftigungssektor |
| | umlagefinanzierte Ausbildung: Ausbildungsplatz- und Übernahmegarantie | | | |
| Soziales | Rentenniveau wie vor Agenda 2010 | | Rücknahme aller Rentenkürzungen | |

| Politikfeld | Bund | Hessen | Bayern | Sachsen |
|-------------|---|--|--|---|
| | Einbeziehung aller Einkommen in die Sozialversicherung (einschl. Beamte, Selbständige) | | | |
| | volle Rente ab 65/60 (40 Beitragsjahre) | | | Ruhestand ab 65/60 (besondere Belastung) |
| | <i>solidarische Bürgerversicherung</i> | | Bürgerversicherung | |
| | gesetzliche Pflegeversicherung als Vollversicherung | | | |
| | zusätzliche Sozialleistungen zur Familienförderung, kostenloses Stromkontingent | Rücknahme von Kürzungen (Beratungsangebote); Sockeltarif Strom | Sockeltarif Strom (Grundkontingent durch Grundgebühre abgedeckt) | |
| Wirtschaft | Finanztransaktionssteuer 0,1 % | | | Finanztransaktionssteuer |
| | intensive Bankenregulierung (u.a. Beteiligung Vertreter Zivilgesellschaft); Verbot von Hedgefonds | Regulierung statt Schutz Bankenstandort Frankfurt | | Verbot Leerverkäufe, Verbot Agrarspekulation |
| | Verstaatlichung privater Großbanken | | | |
| | Privatisierungsstopp, Rückvergesellschaftung Da-seinsvorsorge | Rücknahme von Privatisierungen | Privatisierungsstopp, Rückvergesellschaftung | Privatisierungsstopp, Rückvergesellschaftung Da-seinsvorsorge |
| | Ausbau Wirtschaftsförderung / Hochschulen | Wirtschaftsförderung v.a. für KMU; Ausbau öffentlicher Wohnungsbau | beschäftigungsorientierte Wirtschaftsförderung; Ausbau öffentlicher Wohnungsbau / Hochschulen; Strukturpolitik (Abbau regionaler Disparitäten) | Ausbau Mittelstands- und Regionalförderung (Beschäftigungseffekt prioritär); Ausbau Hochschulen |
| | Massenentlassungsverbot für profitable Unternehmen | aktives Eingreifen bei Massenentlassungen / Insolvenzen | Massenentlassungsverbot für profitable Unternehmen; Abgabe bei Verlagerung ins Ausland | |

| Politikfeld | Bund | Hessen | Bayern | Sachsen |
|-------------|-----------------------------------|--|--|---------|
| | ökologischer Umbau der Wirtschaft | Ausbau umwelt-schonende Infra-struktur | Ausbau umwelt-schonende Infra-struktur | |
| | Einschränkung Ladenöffnungszeiten | Verkürzung Ladenöffnungszeiten | Verkürzung Ladenöffnungszeiten | |

Die Wahlprogramme der Linken – das Bundestagswahlprogramm spricht von einer Umverteilung *von unten nach oben, von privat nach öffentlich* – sehen umfangreiche Umverteilung von Einkommen und Vermögen, eine aktive Rolle des Staates in der Wirtschaft und starke Eingriffe in die unternehmerische Autonomie vor. Der Satz der Finanztransaktionssteuer soll mit einheitlich 0,1 % das bis zu 10-fache der aktuellen EU-Pläne betragen; die öffentliche Daseinsvorsorge wird sehr weit definiert (u.a. einschließlich Kommunikation, Wohnen und Bildung). Sie sind daher sehr nahe am Pol der Sozialstaatsintervention anzusiedeln. Zwar werden die bundespolitischen Details unterschiedlich stark repetiert, die Landtagswahlprogramme sind aber nahezu identische Abbilder des Bundestagswahlprogramms, angereichert um einige landespolitische Detailforderungen.

3.6. Fazit

Entsprechend der Ausgangsvermutung hat die Analyse einen hohen Grad an programmatischer Konsistenz zwischen Bundes- und Landesparteien aufgezeigt. Gemessen an konkurrenzföderalistischen Systemen sind die Forderungen der Parteien auf den beiden Ebenen hochgradig konsistent: Diese sind entweder völlig identisch oder variieren nur leicht (Hypothese 1). Bei genauerem Hinsehen zeigt sich aber, dass es in einigen Fällen spezifische Länderinteressen gibt, die parteiübergreifend verfolgt werden. So entfalten insbesondere der Reformwunsch des Länderfinanzausgleiches seitens der Geberländer und das Interesse des Finanzplatzes Frankfurt an einer allenfalls moderaten Finanzmarktregulierung eine derartige Sogwirkung, dass selbst linke Oppositionspartei wie SPD und Grüne sich ihr nicht völlig entziehen können. Auch lässt sich am bayerischen SPD-Programm trotz identischer Forderungen die strukturelle Schwäche der Landes-SPD im hegemonialen bayerischen Parteiensystem ablesen: Die SPD muss hier aufwändig begründen, warum sie trotz guter Wirtschaftslage und allgemeiner Zufriedenheit umfangreiche Änderungen fordert.

Einige Punkte (wie die regionalen Disparitäten im wohlhabenden Bayern) sind derart dominant, dass sie fast alle Parteien zu einer Stellungnahme nötigen. Spezifika der Landespolitik, z.B. der Umstand, dass Sachsen seit 2008 Schulden tilgt, oder dass Bayern als nahezu einziges Land nicht über ein Bildungsurlaubsgesetz verfügt und den Ladenschluss um 20 Uhr beibehalten hat, resultieren in modifizierten Positionierungen der Landesverbände.

Die Landesverbände der Parteien können dezidierter Position beziehen als die Bundesparteien, die divergente Interessen integrieren müssen: So kann die CSU anders als die CDU/CSU im Bund in ihrem Programm lauthals die Regionalisierung von Steuern und Sozialversicherung fordern.

Über die Parteigrenzen hinweg ergeben sich etwas größere Unterschiede, wenn man die Programme aus dem Jahr 2013 den sächsischen Programmen von 2014 gegenüberstellt. Hier sind die Bezüge zu großen Projekten der Bundespolitik (Steuern, Sozialversicherungen) durchweg geringer. Mögliche Gründe können die bewusste Abkehr der Parteien von ihren Projekten (z.B. Grünen-Steuerkonzept), eine mit zunehmendem zeitlichen Abstand zur Bundestagswahl weniger ausgeprägt wahrgenommene Notwendigkeit konzertierter programmatischer Kampagnengrundlagen oder die Entschärfung vormaliger Konflikte durch die Koalitionsvereinbarung der beiden großen Volksparteien im Bund sein (z.B. Einführung des gesetzlichen Mindestlohn ab 2015). Aktuelle Entwicklungen modifizieren die Agenden bereits nach einem Jahr: So greift das im 2014 verabschiedete sächsische SPD-Programm mit der strafbefreienden Wirkung der Selbstanzeige einen im Zuge des Hoeneß-Prozesses verstärkt ausgetragenen Diskurs auf.

Der Konsistenzgrad verteilt sich, entsprechend der Vermutung, unterschiedlich über die untersuchten Parteien (Hypothese 2): Die Wahlprogramme der Linkspartei sind nahezu identisch; hier erweitern die Landesverbände das Programm lediglich um einige Detailforderungen. Auch das programmatische Angebot der SPD in Bund in Land ist weitgehend deckungsgleich, auch wenn v.a. das hessische Wahlprogramm in Ton und Inhalt noch stärker von Intervention und Verteilungsgerechtigkeit geprägt ist. Die Landesverbände beziehen sich explizit auf zentrale Forderungen der Bundes-SPD.

Auch die FDP, deren Landesprogramme stärker landespolitisch geprägt sind als üblich, erhebt in der Finanz- und Wirtschaftspolitik auf beiden Ebenen gleichlautende Forderungen. Dies gilt auch für Sachsen, wo sich die FDP im Wahlkampf mit dem Motto *Sachsen ist nicht Berlin* vom Bund abzugrenzen suchte. Die Programmatik der Landesverbände ist dabei noch stärker als die der Bundespartei vom Ideal der Marktfreiheit geprägt. In den Detailfragen Kammer- und Meisterzwang sind die Forderungen der FDP in Bund und verschiedenen Ländern teils diametral entgegengesetzt. Die Hessen-FDP greift das bundespolitische Leitbild *Wachstum* prominenter auf als der bayerische Landesverband.

Eine ähnliche Konsistenz weisen die Programme der Grünen auf: Die Landesverbände greifen die Schlüsselprojekte der Bundespartei meist explizit auf. Offene Widersprüche in zentralen Fragen sind nicht zu erblicken. Allerdings spricht aus dem bayerischen und hessischen Wahlprogramm stellenweise Skepsis gegenüber einer allzu aktiven Rolle des Staates in der Wirtschaft heraus. Die beiden Programme stehen daher durchaus in einem gewissen Kontrast zu den auf Bundesebene beschlossenen umfangreichen Steuer- und Abgabenerhöhungen.

Noch weniger konsistent sind die Programme der Unionsparteien: Bereits die Hessen-CDU setzt einen mit einem stärker marktliberalen Akzent in der Haushaltspolitik und vertritt zum Länderfinanzausgleich die spezifische Position eines Geberlandes. Die Forderungen der Schwesterpartei CSU sind noch spezifischer. Die arbeitsmarkt-, sozial-,

wirtschaftspolitische Forderungen sind viel stärker von Umverteilung und einer aktiven Rolle Staats in der Wirtschaft geprägt. In der Finanzpolitik hingegen dominieren ambitionierte, marktliberale Ziele (schneller Schuldenabbau) und Positionen, die klar erkennbar an den Interessen Bayerns als wirtschaftsstarkem Land ausgerichtet sind (Regionalisierung von Steuern und Krankenversicherung, Reform des Länderfinanzausgleiches).

Auch die Hypothese 2 wurde also weitgehend bestätigt.

4. Schlussbetrachtung

Die Ausgangsannahmen wurden durch die Analyse überwiegend verifiziert: Die untersuchten Programme der jeweiligen Parteien waren überwiegend konsistent. Man kann also davon ausgehen, dass signifikante programmatische Unterschiede zwischen Landes- und Bundesparteien, zumindest bei zeitlicher Nähe zur Bundestagswahl, eher die Ausnahme als die Regel sind.

Der genaue Konsistenzgrad variierte hingegen je nach Partei. Nicht überraschend ist, dass die Programme der Unionsparteien die größte Variation aufweisen. CDU und CSU sind zwei eigenständige Parteien; aber auch die CDU ist durch Heterogenität geprägt. Die Partei selbst spricht davon, drei Strömungen (Konservative, Liberale, Christlich-Soziale) in sich zu vereinigen. Hinzu kommt der Kontrast zwischen Protestanten und Katholiken und, seit 1990, zwischen alten und neuen Bundesländern. Die CDU ist als ehemalige Honoratiorenpartei traditionell föderalistisch, also unter großer Autonomie der Landesverbände, organisiert.

Auch die FDP galt lange als föderalistisch organisierte Honoratiorenpartei, die früher zudem lange vom Gegensatz links-, wirtschafts- und nationalliberaler Landesverbände geprägt. Diese Antagonismen scheinen sich aber heute weitgehend abgeschliffen zu haben, denn die untersuchten Programme unterscheiden sich nur in Nuancen.

Die Grünen weisen ebenfalls eine gewisse programmatische Bandbreite auf. Die Partei verstand sich früher als Bewegungspartei, war aber lange Zeit mehr noch als die FDP von der Rivalität ihrer zwei Grundströmungen (ehemals Realos versus Fundis, heute Reformer versus Linke) geprägt. Dieser Dualismus ist auch heute noch, wenn auch in deutlich abgeschwächter Form, nachweisbar, zumal die beiden Landesverbände Bayern und Hessen als Reformer-dominiert gelten, während das Bundestagswahlprogramm angesichts der umfangreichen Steuer- und Abgabenerhöhungen als links geprägt gelten muss.

In der SPD und noch deutlicher in der Linkspartei wirken die Ursprünge als Massenintegrationsparteien der Arbeiterschaft bis heute nach. Die SPD ist traditionell eher zentralistisch als föderalistisch aufgebaut gewesen, das heißt die Autonomie der dezentralen Einheiten wird durch die Parteidisziplin begrenzt. Noch viel stärker gilt dies für die am Organisationsprinzip des demokratischen Zentralismus orientierten Vorgängerparteien der Linken, KPD und SED. Der doppelte Ursprung (PDS im Osten, WASG im Westen) der Partei manifestierte sich hingegen nicht in inkonsistenter Programmatik in Bund, alten und neuen Ländern.

Zusammenfassend lassen sich die programmatisch allesamt konsistenten bis sehr konsistenten deutschen Parteien also in drei Gruppen einteilen: die programmatisch am wenigsten homogenen Unionsparteien (1), die programmatisch homogenen linken Parteien SPD und Linke (2) und die eine Mittelposition einnehmenden Parteien FDP und Grüne (3).

Dieser Befund spricht dafür, dass die Entflechtungstendenz des deutschen Föderalismus und der Regionalisierungstrend der Parteien in ihrer Auswirkung auf die programmatische Positionierung begrenzt sind. Der (ursprüngliche) Parteientyp scheint nach wie vor eine Rolle für die programmatische Konsistenz zu spielen. Zu beachten ist aber, dass die frühere Honoratiorenpartei FDP heute homogener ist als die früheren Honoratiorenparteien CDU und CSU.

Die von Debus²⁸ vermutete disziplinierende Funktion von Bundestagswahlen existiert tatsächlich: Bereits die im Jahr nach der Bundestagswahl verabschiedeten sächsischen Landtagswahlprogramme rekurren sehr viel weniger auf die zentralen programmatischen Projekte der Bundesparteien.

Betrachtet man nun die Richtung der Abweichungen, und vergleicht diese mit bisherigen Wahlprogrammanalysen²⁹, so ergeben sich überwiegend erwartete Ergebnisse: So gilt die CSU gemeinhin als wirtschafts- und sozialpolitisch »linker« als die CDU, was mit der katholischen Soziallehre und der breiten Mitglieder- und Wählerstruktur erklärt wird. Dies trifft in der Arbeitsmarkt-, Sozial-, und Wirtschaftspolitik auch zu; allerdings ist das Wahlprogramm finanzpolitisch sehr stark markoliberal geprägt. Das Bild der hessischen CDU als betont markoliberal-konservativem Landesverband wird hingegen bestätigt.

Nicht nur die hessische SPD mit dem betont linken Bezirk Hessen-Süd, sondern auch die bayerische SPD steht 2013 programmatisch ein Stück links von der Bundes-SPD. Auch dies deckt sich mit bisherigen Befunden³⁰.

Die FDP tritt in Bayern, Hessen und Sachsen leicht stärker markoliberal auf als im Bund; die Partei ist aber durchweg sehr nah am Pol der Marktfreiheit positioniert.³¹ Die Grünen-Landesverbände Bayern und Hessen zeigen sich aktuell leicht kritischer gegenüber staatlicher Umverteilung als der Bund. Dies deckt sich mit der Einschätzung beider Landesverbände als Reform- dominiert und somit mitteorientiert³².

Die Nichtexistenz gravierender programmatischer Unterschiede der Parteien in Sachsen und im Bund bestätigt ebenfalls das bisherige Bild.³³

Selbst auf der programmatischen Ebene, wo sich noch am leichtesten völlige Übereinstimmung herstellen ließe, etwa durch Formelkompromisse, zeigen sich gewisse In-

28 Debus, Die programmatische Entwicklung der deutschen Parteien, aaO. (FN 7).

29 Bräuninger / Debus, Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern, aaO. (FN 12).

30 Ursula Münch, *Das föderale System der Bundesrepublik Deutschland*, München 2010.

31 Dies deckt sich mit dem Befund von Bräuninger / Debus, wonach die Partei nur in Berlin und Sachsen Mittelpositionen im Sozialstaatskonflikt einnimmt.

32 Die Einschätzung von Bräuninger / Debus, die bayerischen Grünen seien teils staatsinterventionistischer als die SPD, wird hier nicht bestätigt.

33 Bräuninger / Debus, Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern, aaO. (FN 12).

konsistenzen und Variationen. Schließt man hiervon auf die Geschlossenheit von Parteien allgemein, so ist zu vermuten, dass die interne Fragmentierung in anderen Dimensionen um ein Vielfaches größer sein dürfte.

Die Analyse zeigte außerdem ein weiteres Mal, wie unzutreffend die weit verbreitete Einschätzung ist, die Parteien seien kaum noch unterscheidbar³⁴. Die Positionen von FDP und Linkspartei im ökonomischen Bereich könnten kaum gegensätzlicher sein. Auch wenn die untersuchten Programme viele allgemeiner Forderungen enthalten, die unisono von allen Parteien erhoben werden (flächendeckende wohnortnahe Gesundheitsversorgung, DSL-Ausbau, effektivere Wettbewerbspolitik, Behebung des Fachkräftemangels durch bessere Qualifizierung), zeige sich bei näherer Betrachtung doch Unterschiede: So fordern alle Parteien die verstärkte Bekämpfung der Steuerhinterziehung, die Linke aber ungleich vehementer als die FDP. Alle Parteien fordern die Infrastruktur auszubauen, aber nur Grüne und Linke unter Setzung ökologischer Prioritäten.

Um die Aussagekraft dieser Ergebnisse zu erhöhen wäre es natürlich wünschenswert, vergleichbare Analysen zu weiteren Schlüsselpolitikfeldern (Bildung, Gesellschaft) durchzuführen. Eine weitere Überprüfung der Debus-These, wonach programmatische Konsistenz im Föderalismus und eine zeitliche Nähe von Bundestags- und Landtagswahlen korrelieren, trifft aber auf ein strukturelles Problem. Zwar konnte auch hier gezeigt werden, dass die später entstandenen sächsischen Programme die Bundesprogrammatik von 2013 weniger stark wiedergibt. Andererseits wurde auch deutlich, dass sich bereits nach einem halben Jahr der Kontext verändert hatte (Einigung von Union und SPD auf einen gesetzlichen Mindestlohn; veränderte steuerpolitische Diskussion infolge Hoenes-Prozess usw.). Diese Kontextveränderung wird zur Mitte der Legislaturperiode hin noch größer. Diesem Dilemma ist schwer beizukommen, weshalb sich die Parteiprogrammforschung verlässlichen Ergebnissen nur annähern kann.

Zusammenfassung

Dank der Gleichzeitigkeit der Bundestagswahl und der Landtagswahlen in Bayern und Hessen ergibt sich 2013 die Gelegenheit, die programmatischen Positionen der Parteien auf Bundes- und Landesebene anhand jeweils vierer Wahlprogramme zu vergleichen, die in etwa zur selben Zeit entstanden sind und sich auf einen nahezu identischen Kontext beziehen. Eine vergleichende qualitative Inhaltsanalyse der Finanz-, Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik von CDU, CSU, SPD, Grünen, FDP und Linken geht der Frage nach, wie konsistent die jeweiligen Programme auf Bundes- und Landesebene sind, und ob Unterschiede zwischen den ehemaligen Honoratiorenparteien CDU/CSU und FDP einerseits und SPD und Linke als Nachfolgern der Arbeiterparteien andererseits bestehen. Die Analyse zeigt, dass die Parteienprogrammatik trotz Wandlungstendenzen des deutschen Föderalismus hin zu einer stärkeren Entflechtung, und trotz Regionalisierungstendenzen des Parteiensystems in Bund und Land weitgehend konsistent sind.

34 Stefan Marschall, »Der Wahl-O-Mat als Instrument der Gesellschaftsberatung« in: *ZfP* 2, Nr. 2 (2009), S. 485–192.

Es kann also von einer fortdauernden Dominanz der Bundespolitik und/oder von einer disziplinierenden Funktion der Bundestagswahl ausgegangen werden. Bereits geringfügig später verfasste Programme reflektieren die veränderten Rahmenbedingungen und verweisen so auf die Bedeutung des Zeithintergrunds für Programmanalysen. Allerdings lassen sich einige Einflüsse länderspezifischer Interessenlagen ausmachen, v. a. bezüglich des Länderfinanzausgleichs und der jeweilige Wirtschaftsstruktur. Zudem lassen sich die Parteien in programmatisch äußerst homogene (SPD, Linke), sehr homogene (Grüne, FDP) und eher homogene (CDU/CSU) Parteien unterteilen.

Summary

The simultaneity of federal and regional elections in 2013 allows a comparison of the policy positions of the parties at federal and regional level. A comparative qualitative content analysis of the financial, labor market, social and economic policy addresses the consistency of the manifestos at federal and regional level and the differences between former parties of notables and successors of the workers' parties. The analysis shows that the policy objectives of the parties are rather consistent, despite the tendency of a less unitary federalism. However, some influence of specific regional interests can be traced. In addition, the parties can be subdivided into three groups, according to the degree of consistency.

Deniz Anan: Programmatic consistency in the German federal system – the financial, labor market, social and economic policy in the Bundestag and Landtag manifestos of 2013 in comparison